



► Nr. VO/2025/13860
öffentlich

Lübeck, 06.01.2025

**Vorlage
-öffentlich-**

Verantwortliche Bereiche:
1.100 - Büro der Bürgerschaft

Bearbeitung: Christiane Nimz (E-Mail: christiane.nimz@luebeck.de Telefon: 122-1013)

Wahl der Mitglieder in den Wahlprüfungsausschuss für die laufende Wahlperiode bis 31.05.2028

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
30.01.2025	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage von den Fraktionen vorgeschlagenen Bürgerschaftsmitglieder (1) und zur Bürgerschaft wählbaren Bürgerinnen und Bürger (2) werden in den Wahlprüfungsausschuss gewählt.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: Fraktionen der Lübecker Bürgerschaft
Ergebnis: Die Vorschläge sind eingearbeitet

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt: Ja
 Nein
Begründung: Nicht relevant

Die Maßnahme ist: neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen: Ja (Anlage 1)

Begründung:

Aufgrund der Auflösung der Fraktion SPD + Freie Wähler am 27.11.2024 und Neugründung der SPD-Fraktion am 28.11.2024, haben sich die Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft geändert. Aus diesem Grund hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 16.12.2024 beantragt, die Wahlstellen aller Ausschüsse neu zu besetzen (§ 46 Abs. 10 GO S.-H.).

Die Wahl erfolgt anhand der von den Fraktionen eingereichten Wahlvorschläge in Form von Vorschlaglisten.

Anlagen:

Stadtpräsident

Henning Schumann

Anlage zu VO 13860

Wahl der Mitglieder in den Wahlprüfungsausschuss

*	Ausschussmitglieder
---	---------------------

CDU	1	Lötsch, Christopher
	1	Akyurt, Michelle
	1	Mauritz, Jochen
	1	Rohlf, Klaus-Hinrich

SPD	1	Peter Petereit
	1	Aydin Candan
	2	Dr. med Annette Scheuer
	2	Stefan Klüssendorf

BÜ 90	1	Mandy Siegenbrink
	1	Silke Mählenhoff
	2	Tobias Preß

AFD	2	Herwig Alt
------------	---	------------

FDP		
	1	Thorsten Fürter

UVP		
	1	Bastian Langbehn

LINKE+ GAL		
	1	Juleka Schulte-Ostermann

* 1) Bürgerschaftsmitglieder

* 2) zur Bürgerschaft wählbare Bürgerinnen und Bürger